

Juntachef: Zivilisten sollen in Birma 2010 an die Regierung

Der birmanische Juntachef Than Shwe hat für 2010 die Übergabe der Regierungsgewalt an Zivilisten angekündigt. Der 74-jährige General hielt bei einer Militärparade mit mehr als 13.000 Soldaten in Naypyidaw eine viertelstündige Rede. Darin bekräftigte er die Absicht der Militärs, die seit 46 Jahren in dem südostasiatischen Land an der Macht sind, zu einer Verfassung mit einer Zivilregierung überzugehen. Vor sechs Monaten hatte die Junta einen von buddhistischen Mönchen angeführten Volksaufstand niedergeschlagen.

"Die neue Verfassung ist bereits ausgearbeitet und wird im Mai zu einer Volksabstimmung vorgelegt", sagte der General, der kein konkretes Datum für das Referendum nannte. 2010 werde es entsprechend den Bestimmungen der neuen Verfassung allgemeine Wahlen geben. Danach könne die Militärregierung die Macht abgeben, fügte Than Shwe hinzu.

Der UN-Vermittler Ibrahim Gambari, der bislang als einziger Ausländer den Verfassungsentwurf einsehen konnte, sagte der in Singapur erscheinenden Zeitung "Strait Times", die Verfassung sehe auch für die Zukunft eine vorherrschende Rolle des Militärs vor. Ein Viertel der Parlamentssitze soll Militärs vorbehalten bleiben. Darüber hinaus hat das Militär das Recht zur Ernennung der Minister für Verteidigung, Inneres und Grenzangelegenheiten. Der künftige Staatschef soll weitgehende Vollmachten zur Ernennung und Entlassung von Verantwortlichen in der Legislative und im Justizwesen haben. Gambari sagte, die Neuerungen seien von Indonesien inspiriert, wo die Machtübertragung vom Militär auf Zivilpersonen ähnlich geregelt worden sei.

Haftbedingungen für Oppositionelle in Birma kritisiert

AFP_27 mars 2008

Sieben Monate nach ihrer Inhaftierung geht es mehreren birmanischen Oppositionellen nach Angaben eines Aktivisten immer schlechter. Der Gesundheitszustand von führenden Aktivisten wie Min Ko Naing und Ko Ko Gyi habe sich aufgrund der Haftbedingungen verschlechtert, sagte Studentenanführer Tun Myint Aung. "Einige von ihnen sind in einem schlechten Zustand, weil sie die meiste Zeit in ihren Zellen gehalten werden, so dass ihre Beine zu schwach zum Laufen werden", sagte Myint Aung. "Letzten Monat durften sie noch nicht einmal ein Bad nehmen. Sie dürfen weder laufen noch Übungen machen."

Min Ko Naing und Ko Ko Gyi hatten im August 2007 kleinere Proteste gegen eine überraschende Benzinpreiserhöhung in Birma angeführt. Nach ihrer Festnahme übernahmen buddhistische Mönche im September die Spitze der Demonstrationen gegen die birmanische Junta, es kam zu Massenbewegungen. Bei der Niederschlagung der Proteste wurden nach Angaben der Vereinten Nationen mindestens 31 Menschen getötet und hunderte Oppositionelle festgenommen. Hunderte Menschen sollen weiterhin in Haft sein. Laut einem UN-Menschenrechtsbericht von diesem Monat hat die Militärführung ihr Vorgehen gegen Dissidenten verschärft und weitere Gegner festnehmen lassen. Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi steht seit Jahren unter Hausarrest.

Birma steuert auf einen neuen Konflikt zu

Deutsche Welle_27 mars 2008

Großansicht des Bildes mit der Bildunterschrift: Vor einem halben Jahr wurden die Proteste der Mönche blutig niedergeschlagen. Die blutige Niederschlagung der Proteste in Birma ist gerade ein halbes Jahr her, nun kündigt die Junta für Mai ein Verfassungsreferendum an. Doch Regimekritiker haben dazu aufgerufen, diese Verfassung zu boykottieren.

In Birma gärt es. Oppositionelle rufen die Bevölkerung dazu auf, den Verfassungsentwurf der Militärs abzulehnen. Die Kritiker sind aufgebracht. In ihren Augen dient der Verfassungsentwurf, dem 2010 Wahlen folgen sollen, nur dazu, die Macht der Junta zu

untermauern. Unter anderem soll Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi von den Wahlen ausgeschlossen werden. Auch ist ein Viertel der Parlamentssitze für Armeeingehörige reserviert, die ein Vetorecht über die Berufung von Abgeordneten haben werden. Zin Linn war etliche Jahre ein politischer Gefangener in Birma. Heute lebt er im thailändischen Exil, unterhält aber weiterhin viele Kontakte in seine Heimat: "Bis heute hat die Bevölkerung diesen Entwurf noch nicht einmal zu Gesicht bekommen. Die Leute haben daher erklärt, dass sie diesen nicht akzeptieren werden, wenn er Suu Kyi von den Wahlen ausschließt." Nun verbreiten viele Gruppierungen, vor allem Jugendgruppen, ihre Bulletins und Flugblätter in allen größeren Städten. Sie rufen die Menschen dazu auf, das Referendum der Militärregierung nicht zu unterstützen.

Unterdessen nutzen Regimekritiker die Gelegenheit, ihren eigenen Verfassungsentwurf vorzustellen. Er garantiere vor allem den ethnischen Minderheiten ihre politische Selbstbestimmung, sagen die Verfasser. Die Frauenrechtlerin Thin Thin Aung war eine der Autorinnen. Man habe sich bemüht, viele Gruppen mit einzubeziehen, unter anderem die zivilen Organisationen in den Grenzregionen, bewaffnete Widerstandsgruppen und politische Parteien, sagt sie. "Wir haben diesen Entwurf zusammen erarbeitet, um sowohl der internationalen Gemeinschaft als auch der Bevölkerung in Birma zu zeigen, dass wir eine echte, demokratische Verfassung anzubieten haben." Damit soll ein Zeichen gegen die Verfassung der Junta gesetzt werden. "Die soll doch nur dazu dienen, die Herrschaft der Militärs zu legitimieren", sagt Thin.

Gleichberechtigung schafft Stabilität

Die von den Regimekritikern angestrebte Gleichberechtigung in Birma trage zur politischen Stabilität bei, argumentiert Lian Sakhong, Generalsekretär des "Rates der ethnischen Nationalitäten", einer Exilgruppe in Thailand: "Wir wollen ein geeintes Birma, und auch unsere Nachbarländer werden anhand dieser Verfassung sehen, dass diese wirklich Frieden für das Land bringt." Die ethnischen Minderheiten hätten keineswegs vor, sagt Lian Sakhong, sich von Birma abzuspalten und so den Zerfall des Staates voranzutreiben - wie es die Militärjunta immer darstelle. Doch die Junta will sich das Zepter nicht so einfach aus der Hand nehmen lassen. Sie wird vermutlich versuchen, jeden einzuschüchtern, der es wagt, für die alternative Verfassung zu stimmen. Auch hat sie es bereits abgelehnt, ausländische Wahlbeobachter zuzulassen.

"Die Menschen sind wütend"

Wie sehr die Militärs das Volk tatsächlich unter Kontrolle haben, sei abzuwarten, sagt der ehemalige politische Gefangene Zin Linn: "In diesem Jahr wird sich sicherlich einiges verändern. Die Menschen sind sehr wachsam und mittlerweile auch sehr wütend." Die Bevölkerung wolle den Entwurf der Junta nicht akzeptieren. "Werden die Menschen dazu gezwungen, diese Verfassung als legitim anzuerkennen, dann wissen sie, dass sie wahrscheinlich weitere 50 Jahre leiden werden." Eine neue Konfrontation in Birma scheint unausweichlich. Welche Chancen die Demokratiebewegung hat, ist offen. Wichtig wird sein, wie die Weltgemeinschaft reagieren wird, sollten sich Massaker an Demonstranten wie in 1988 oder 2007 wiederholen.

UN-Gesandter enttäuscht von Vermittlungsreise nach Birma

Reuters Deutschland_19 März 2008

Der UN-Sondergesandte Ibrahim Gambari hat seinen jüngsten Vermittlungsversuch in Birma als Enttäuschung bezeichnet.

Bei den Bemühungen, die Militärjunta zu demokratischen Reformen zu bewegen, habe es keine greifbaren Fortschritte gegeben, sagte Gambari am Dienstag vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York. Zwar habe er bei seinem Birma-Besuch vom 6. bis zum 10. März zwei Mal mit der seit Jahren unter Hausarrest stehenden Oppositionsführerin Aung

San Suu Kyi sprechen können. Doch sei es zu keinem Treffen mit anderen Vertretern der Opposition noch mit Spitzenvertretern der Regierung gekommen.

Es war das dritte Mal nach der Niederschlagung des Volksaufstandes im September, dass Gambari zwischen der Junta und der Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi zu vermitteln versuchte.

Auch der US-Botschafter bei den UN, Zalmay Khalilzad, bezeichnete die Fortschritte auf dem Weg zu mehr Demokratie in Birma als unzureichend. Grund zur Sorge sei vor allem, dass die Militärregierung noch keinen Entwurf für eine neue Verfassung vorgelegt habe. Der Sicherheitsrat müsse daher seinen Druck auf die Junta erhöhen, fordert Khalilzad. Die Militärregierung hat für Mai ein Verfassungsreferendum und für 2010 demokratische Wahlen angekündigt.

USA fordern Wahlbeobachter für Verfassungsreferendum im Mai

Der Standard_19 marz 2008

Bisherigen Wahl-Vorbereitungen geben Anlass zu Sorge - UN-Sondergesandter Ibrahim Gambari enttäuscht über demokratischen Fortschritt

New York - Die USA wollen über den Sicherheitsrat Druck auf die Militärjunta in Burma ausüben, zu dem geplanten Verfassungsreferendum im Mai internationale Wahlbeobachter zuzulassen. Der amerikanische UN-Botschafter Zalmay Khalilzad kündigte am Dienstag in New York eine entsprechende Initiative an. Die bisherigen Vorbereitungen für das Referendum gäben Anlass zu Sorge. So sei bisher noch nicht einmal der Entwurf für den Verfassungstext vorgelegt worden, kritisierte Khalilzad.

Der Sicherheitsrat ist allerdings uneins über das weitere Vorgehen. Mehrere Länder, allen voran China, lehnen eine öffentliche Erklärung des höchsten UN-Gremiums ab. Ohnedies hätte sie keine bindende Wirkung, sondern lediglich Signalcharakter.

Gambari enttäuscht

Auch der UN-Sondergesandte Ibrahim Gambari zeigte sich vor dem Sicherheitsrat enttäuscht über den demokratischen Fortschritt in Burma. Sein letzter Besuch vom 6. bis 9. März habe im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Visiten keinerlei greifbare Ergebnisse gehabt, klagte Gambari. Gleichwohl sprach er sich dafür aus, die Gespräche mit der Regierung fortzusetzen.

Seit der blutigen Niederschlagung friedlicher Proteste in Rangun im vergangenen Jahr bemühen sich die Vereinten Nationen, die Militärjunta zu demokratischen Reformen zu bewegen. Trotz aller Forderungen blieb Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi jedoch weiter unter Hausarrest. Auch soll sie der neuen Verfassung zufolge von den für 2010 geplanten Wahlen ausgeschlossen werden.

USA dringen auf Wahlbeobachter in Birma

Welt Online_19 marz 2008

Die USA wollen über den Sicherheitsrat Druck auf die Militärjunta in Birma ausüben, zum Verfassungsreferendum im Mai internationale Wahlbeobachter zuzulassen. UN-Botschafter Zalmay Khalilzad kündigte in New York eine entsprechende Initiative an. Die bisherigen Vorbereitungen für das Referendum gäben Anlass zu Sorge. So sei bisher noch nicht einmal der Entwurf für den Verfassungstext vorgelegt worden, kritisierte Khalilzad. Der Sicherheitsrat ist allerdings uneins über das weitere Vorgehen.

Gute Buddhisten: Thailands Premier findet Tötungen normal

Tagesspiegel_ 16 März 2008

Birmas Militärunterstützung bekommt "moralische" Unterstützung aus Thailand. Der thailändische Premierminister Samak Sundaravej bezeichnete die Unterdrückung der Bevölkerung in Birma als "normal" und kritisierte in einem Fernsehauftritt die "einseitige Berichterstattung" über das Nachbarland.

Der thailändische Premierminister Samak Sundaravej hat das Militärregime im Nachbarland Birma verteidigt. Der starke Mann Than Shwe, der im September die brutale Niederschlagung von Mönchsprotesten angeordnet hatte, sei ein guter Buddhist, der jeden Tag bete, sagte der 72-jährige Regierungschef am Sonntag in seinem wöchentlichen Fernsehprogramm. "Tötungen und Unterdrückung sind dort normal", sagte Samak, der am Freitag von einer Reise nach Birma zurückgekehrt war.

Über Birma werde immer nur einseitig berichtet, sagte der für kontroverse Äußerungen bekannte Regierungschef. Thailand hat starke Wirtschaftsinteressen in dem Nachbarland. Foltergefängnisse für Opposition Birma wird weltweit wegen der brutalen Unterdrückung der Bevölkerung verurteilt. Die Polizei eröffnete im September das Feuer auf zehntausende demonstrierende Mönche. Dabei wurden mindestens 31 Menschen getötet, nach Angaben von Dissidentengruppen erheblich mehr. Tausende wurden festgenommen und nach Angaben von Entkommenen in Foltergefängnissen drangsaliert.

Friedensaktivistin unter Hausarrest

Die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi ist seit Jahren unter Hausarrest eingesperrt. Die thailändische Regierung kündigte nach dem Besuch ihres Premiers die Fortsetzung eines Dammprojekts im Nordosten Birmas an. Der Bau war nach dem Militärputsch in Thailand im September 2006 auf Eis gelegt worden. Der Tasang-Damm am Salween-Fluss soll einer der größten in Südostasien werden und hunderte Quadratkilometer überfluten. Wirtschaftsinteressen vor Menschenrechten In der Region kämpft das Regime gegen Rebellen der Shan- und Karen-Völker. Thailand will den dort erzeugten Strom kaufen.

Thailands Premier verteidigt brutales Regime in Burma

News.orf_15 März 2008

Der thailändische Premierminister hat die Militärunterstützung des Nachbarlandes Burma verteidigt. Burmas starker Mann Than Shwe, der im September die brutale Niederschlagung der Mönchsproteste anordnete, sei ein guter Buddhist, der jeden Tag bete, sagte Samak Sundaravej heute in seinem wöchentlichen Fernsehprogramm.

Bei dem Gewalteinbruch im September waren mindestens 31 Menschen ums Leben gekommen und Zehntausende festgenommen worden. Samak war am Freitag von einer Reise nach Burma zurückgekehrt. Thailand hat erhebliche Wirtschaftsinteressen in dem Nachbarland.

Keine Zugeständnisse der Militärunterstützung UN: Verhandlungen in Birma gescheitert

RP on Line_10 März 2008

Rangun (RPO). Ohne Erfolg sind offenbar die Vermittlungen des UN-Sondergesandten Ibrahim Gambari in Birma geblieben: Nach mehreren Verhandlungen mit der Militärunterstützung verließ Ibrahim das südoastasiatische Land unverrichteter Dinge.

"Wir haben den Eindruck, dass er nicht viel erreicht hat", sagte ein westlicher Diplomat, der Gambari am Montag getroffen hatte. Der UN-Sondergesandte hatte die Militärführung zu Reformen gedrängt, die eine Kandidatur von Aung San Suu Kyi bei den für 2010 versprochenen Parlamentswahlen ermöglicht hätten. Er hatte die seit Jahren unter Hausarrest stehende Politikerin am Samstag und am Montag treffen dürfen. Gespräche mit hochrangigen Regierungsvertretern blieben ihm jedoch verwehrt.

Gambari gab vor seinem Abflug nach Singapur am Montagabend keinerlei Stellungnahme ab. Die Militärregierung hatte seine Forderungen nach politischen Reformen zuvor öffentlich zurückgewiesen. Gambari traf lediglich mit dem Informationsminister General Kyaw Hsan dreimal zusammen. Dieser wies jegliche Änderung an einem bestehenden Verfassungsentwurf zurück. Der Entwurf verbietet Menschen mit ausländischen Ehepartnern die Kandidatur für gewählte Ämter. Aung San Suu Kyi ist Witwe eines Briten.

UN-Sondergesandter trifft Oppositionsführerin Suu Kyi Junta-Vorsitzender lehnte Gespräch ab

AP_10 mars 2008

Rangun – Der UN-Sondergesandte Ibrahim Gambari hat sich am Montag in Birma erneut mit Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi getroffen. Das Gespräch mit der unter Hausarrest stehenden Friedensnobelpreisträgerin in Rangun dauerte knapp eine Stunde. Ein erstes Treffen hatte bereits am Samstag stattgefunden. In beiden Fällen wurden keine Einzelheiten über die Inhalte bekannt.

Zuvor war Gambari auch mit dem birmanischen Informationsminister Kyaw Hsan erneut zusammengetroffen. In einer Stellungnahme der UN hieß es, Gambari habe nach den beiden Terminen das Land verlassen und werde UN-Generalsekretär Ban Ki Moon von seiner Mission berichten. Der Sondergesandte war am Donnerstag zu seiner dritten Mission in Birma eingetroffen, um die politische Versöhnung voranzutreiben und demokratische Reformen anzumahnen. Der Junta-Vorsitzende Than Shwe lehnte nach Angaben aus Diplomatenkreisen ein Treffen mit Gambari ab.

Birma lässt keine UN-Wahlbeobachter zu

Reuters Deutschland

Birmas Militärjunta lässt bei einer Volksabstimmung über Verfassungsänderungen im Mai und den für 2010 angesetzten Wahlen keine UN-Beobachter zu. Die Regierung habe Vorkehrungen getroffen, damit die Wahlberechtigten ihre Stimmen frei abgeben könnten, zitierten staatliche Zeitungen am Sonntag den Referendums-Kommissar Thaung Nyunt. Das Referendum abzuhalten falle unter die Souveränität des Staates. In einem Gespräch mit dem UN-Sondergesandten Ibrahim Gambari, der zur Zeit in Birma unterwegs ist, wies Nyunt zudem ein UN-Angebot für technische Unterstützung der UN bei der Wahl zurück.

Die Regierung habe ausreichend Erfahrung beim Abhalten von Wahlen, begründete Nyunt die Entscheidung. Damit stiegen die Befürchtungen, dass den Bürgern des Landes keine freien und fairen Abstimmungen ermöglicht würden. Bei den Wahlen 1990 gewann die Opposition um Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi über 80 Prozent der Stimmen - das Regime ignorierte jedoch das Resultat. Im September kam es in dem südostasiatischen Land zu den größten Protesten der Demokratiebewegung seit 20 Jahren, die vom Regime niedergeschlagen wurden.

UN-Gesandter Gambari zu neuer Vermittlungsmission in Birma

AFP_6 marz 2008

Wenige Wochen vor einem von der Militärjunta angekündigten Verfassungsreferendum hat der UN-Sondergesandte Ibrahim Gambari eine neue Vermittlungsmission in Birma gestartet. In Rangun traf Gambari mit Außenminister Nyan Win, UN-Vertretern und ausländischen Botschaftern zusammen. Unklar ist, ob Gambari erneut die unter Hausarrest stehende Oppositionschefin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi trifft. Der UN-Gesandte will die Junta drängen, Suu Kyi und ihre Partei in das Referendum im Mai und die für 2010 versprochenen Wahlen einzubeziehen. Beobachter rechnen nicht mit größeren Zugeständnissen der Militärmachthaber.

Die Dauer der Vermittlungsmission ist unklar. Gambari werde "so lange wie nötig" in Birma bleiben, hieß es bei den Vereinten Nationen. Diplomaten zufolge wird er bis mindestens Sonntag bleiben. "Er weiß nicht, was er machen wird, er wird eher Fragen stellen als Antworten geben", sagte ein Diplomat. Bei seinen ersten beiden Vermittlungsmissionen nach der gewaltsamen Niederschlagung der Massenproteste im vergangenen September hatte Gambari sich vor allem für einen Dialog zwischen Suu Kyi und den vorübergehend in die Defensive geratenen Militärs eingesetzt.

Mit der Ankündigung eines Verfassungsreferendums für Mai und möglichen Wahlen im Jahr 2010 übernahm die Junta vergangenen Monat jedoch wieder die Initiative. Mit der neuen Verfassung soll der Weg für Parlamentswahlen 2010 freigemacht werden. Allerdings sollen mehrere Klauseln des immer noch nicht veröffentlichten Verfassungsentwurfs offenbar verhindern, dass die Armee die Macht verliert. So würde Suu Kyi dem Entwurf zufolge offenbar nicht antreten können: Die neue Verfassung untersagt, dass der Staatschef mit einem Ausländer verheiratet ist - und Suu Kyi ist Witwe des 1999 verstorbenen Briten Michael Aris. Reden und Flugblätter zum Referendum sind verboten. Die Militärjunta in Rangun stelle den UN-Vermittler vor vollendete Tatsachen, bedauerte ein westlicher Diplomat. Für westliche Länder und Nichtregierungsorganisationen sind Referendum und Wahlen unglaubwürdig, solange Suu Kyi und die Opposition nicht einbezogen werden.

Zuletzt wurden in Birma 1990 Wahlen abgehalten. Als sich ein Sieg von Suu Kyis Nationaler Liga für Demokratie (NLD) abzeichnete, wurde der Wahlgang annulliert. Suu Kyi stand seither die meiste Zeit unter Hausarrest. Im September hatte die Militärjunta Proteste buddhistischer Mönche gewaltsam niedergeschlagen. Dabei wurden nach Angaben der Vereinten Nationen mindestens 31 Menschen getötet und hunderte Oppositionelle festgenommen.

Suu Kyi darf nicht kandidieren

Taz.de_21 februar 2008

Im Mai soll das von Militärs regierte Birma über eine neue Verfassung abstimmen. Die Opposition findet sie ungerecht. VON NICOLA GLASS

Ewige Opposition, trotz "Demokratisierung": Suu Kyi. Foto: rtr

BANGKOK taz Schon lange wurde darüber gemutmaßt, jetzt ist es offiziell: Laut neuem Verfassungsentwurf darf Birmas Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi nicht an den für 2010 angekündigten Wahlen teilnehmen. Die Nachricht machte am späten Dienstagabend während eines Treffens der Außenminister des südostasiatischen Staatenbundes Asean in Singapur die Runde. Singapurs Außenminister George Yeo erklärte, er habe dies bei einem Gespräch mit seinem birmanischen Amtskollegen Nyan Win erfahren.

Mehr zum Thema

* Birmesischer Publizist über Verfassungsentwurf:

"In Birma ist viel Geduld gefragt"

Letzterer berief sich dabei auf eine Verordnung, wonach Staatsbürger, die mit Ausländern verheiratet sind oder waren, nicht kandidieren dürfen. Suu Kyi war mit dem 1999 verstorbenen britischen Tibetologen Michael Aris verheiratet. Yeo und weitere Amtskollegen,

die sonst das Prinzip der Nichteinmischung pflegen, kritisierten besagte Bestimmung als "unzeitgemäß". Zeitgleich riefen mehrere Friedensnobelpreisträger, darunter der Dalai Lama und der südafrikanische Bischof Desmond Tutu, den UN-Sicherheitsrat dazu auf, ein Waffenembargo gegen Birmas Militärjunta zu verhängen.